

Berlin, 14.09.2026

Das Aktionsbündnis Tourismusvielfalt zur Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Das Ergebnis der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt ist ein Einschnitt. Nach dem vorläufigen amtlichen Ergebnis haben 43,8 Prozent der Wählerinnen und Wähler für die AfD gestimmt – bei einer Wahlbeteiligung von 77,8 Prozent. Gleichzeitig wird der AfD-Landesverband Sachsen-Anhalt vom Landesverfassungsschutz als gesichert rechtsextremistische Bestrebung eingestuft.

Das erfüllt uns mit großer Sorge. Doch Empörung allein wird der Bedeutung dieses Ergebnisses nicht gerecht. Wer verstehen will, was geschehen ist, muss auch verstehen wollen, was die Menschen bewegt hat.

Die Sorgen sind real – einfache Antworten deshalb noch lange nicht

Die Wahlanalysen zeigen kein einzelnes Motiv. Soziale Sicherheit, Frieden in Europa, Wirtschaft und Arbeitsplätze, innere Sicherheit und Migration haben die Wahlentscheidung geprägt. Dahinter steht bei vielen offenbar eine grundsätzlichere Frage: Funktioniert dieses Land noch so, wie wir es von ihm erwarten – und gibt es einen nachvollziehbaren Plan, wie es weitergehen soll?

Diese Frage ist legitim.

Deutschland steht vor realen Problemen. Nach zwei Rezessionsjahren wuchs die Wirtschaft 2025 lediglich um 0,2 Prozent. Unternehmen kämpfen mit hohen Kosten, Fachkräftemangel und Bürokratie. Infrastruktur und Digitalisierung entsprechen vielerorts nicht unserem eigenen Anspruch. Auch bei Einwanderung, Asyl, Integration und Rückkehr muss der Staat nachvollziehbare Regeln setzen und seine Handlungsfähigkeit zeigen. Sachsen-Anhalt steht zusätzlich vor großen demografischen und wirtschaftlichen Herausforderungen.

Diese Probleme kleinzureden oder Menschen zu erklären, ihre Wahrnehmung sei falsch, wäre ein Fehler. Ebenso falsch wäre es jedoch, Deutschland insgesamt schlechtzureden. Gemessen am nominalen Bruttoinlandsprodukt ist Deutschland weiterhin die drittgrößte Volkswirtschaft der Welt. Unser Land verfügt über leistungsfähige Unternehmen, einen starken Mittelstand, gut ausgebildete Menschen sowie stabile demokratische und rechtsstaatliche Institutionen.

Deutschland ist weder ein Land ohne Probleme noch ein Land ohne die Kraft, sie zu lösen. Wer ausschließlich vom Niedergang spricht, zeichnet deshalb ein ebenso

unvollständiges Bild wie derjenige, der bestehende Schwierigkeiten beschönigt. Die Aufgabe besteht darin, die Probleme klar zu benennen und zugleich die vorhandenen Stärken zu nutzen, um sie zu bewältigen.

Sorgen ernst zu nehmen bedeutet aber auch, die angebotenen Lösungen einem Realitätscheck zu unterziehen. Ist eine Forderung tatsächlich umsetzbar? Was kostet sie? Welche Konsequenzen hat sie für Arbeitsplätze, soziale Sicherheit, Unternehmen und Investitionen? Und löst sie das Problem wirklich?

Dieser Maßstab muss für jede Partei gelten – für diejenigen, die bisher Verantwortung getragen haben, ebenso wie für diejenigen, die versprechen andere Antworten zu haben.

Die demokratischen Parteien müssen Vertrauen zurückgewinnen

Das Wahlergebnis ist deshalb auch ein deutlicher Auftrag an die demokratischen Parteien. Offenbar gelingt es ihnen bei einem erheblichen Teil der Bevölkerung nicht mehr, Vertrauen in ihre Fähigkeit zur Problemlösung zu schaffen.

Ankündigungen allein reichen nicht mehr. Wer Bürokratieabbau verspricht, muss Bürokratie spürbar abbauen. Wer Infrastruktur modernisieren will, muss Fortschritte sichtbar machen. Wer Einwanderung und Asyl ordnen will, muss nachvollziehbare Regeln schaffen und durchsetzen. Wer wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit sichern will, muss Unternehmen verlässliche Bedingungen für Investitionen und Innovation bieten.

Vor allem brauchen die Menschen einen nachvollziehbaren Plan: Wo soll Deutschland in fünf oder zehn Jahren stehen? Was sind unsere Prioritäten? Welche Veränderungen sind dafür notwendig? Was kosten sie? Und woran können Bürgerinnen und Bürger messen, ob die Politik ihre Ziele tatsächlich erreicht?

Vertrauen entsteht nicht dadurch, dass Politik ihre Entscheidungen besser verkauft. Vertrauen entsteht vor allem dadurch, dass Dinge funktionieren.

Demokratie ist keine Dienstleistung

Gleichzeitig wäre es zu einfach, die Verantwortung für den Zustand unserer Demokratie vollständig bei Parteien und Regierungen abzuladen.

Demokratie gibt uns Bürgerinnen und Bürgern das Recht, Regierungen abzuwählen und politische Veränderungen einzufordern. Sie überträgt uns aber auch Verantwortung dafür, wem wir Macht geben.

Unser gemeinsamer Rahmen dafür ist das Grundgesetz.

Menschenwürde, Gleichheit vor dem Gesetz, Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie gelten unabhängig davon, welche Partei gerade regiert oder wie groß die Unzufriedenheit mit ihr ist.

Über Einwanderung, Asyl und deren Grenzen darf gestritten werden. Ein Rechtsstaat muss Regeln durchsetzen, Straftaten verfolgen und Menschen ohne Aufenthaltsrecht zurückführen können. Aber Menschen aufgrund ihrer Herkunft pauschal abzuwerten oder selbst deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern aufgrund ihrer Abstammung ihre Zugehörigkeit abzusprechen, ist etwas anderes als Kritik an der Einwanderungs- und Asylpolitik.

Wer eine politische Alternative wählt, sollte deshalb nicht nur fragen, was sie beim persönlich wichtigsten Thema verspricht. Wir sollten jede Partei danach beurteilen, wofür sie insgesamt steht und welche Folgen ihre Politik tatsächlich hätte.

Demokratische Verantwortung bedeutet dabei auch, die eigene Entscheidung später überprüfen zu können. Eine Partei zu wählen verpflichtet niemanden dazu, sie anschließend gegen jede Kritik zu verteidigen. Entscheidend ist, ob ihre Politik hält, was sie versprochen hat.

Warum sich die Tourismuswirtschaft zu Wort meldet

Tourismus braucht weit mehr als Weltoffenheit. Unsere Branche braucht Frieden und Sicherheit, wirtschaftliche Stabilität, funktionierende Infrastruktur, ein starkes Europa, wettbewerbsfähige Unternehmen und ausreichend Arbeits- und Fachkräfte. Und sie lebt von Begegnung.

Wie eng diese Faktoren miteinander verbunden sind, zeigt sich unmittelbar in Sachsen-Anhalt: Im sachsen-anhaltischen Landkreis Harz sank die Zahl deutscher Beschäftigter im Gastgewerbe zwischen 2019 und 2025 um 20,4 Prozent, während die Zahl ausländischer Beschäftigter um 90,7 Prozent stieg. Die Bundesagentur für Arbeit kommt zu dem Schluss, dass viele Unternehmen ohne Beschäftigte und Auszubildende aus dem Ausland heute nicht mehr handlungsfähig wären.

Es zeigt warum politische Forderungen immer auch auf ihre tatsächlichen Konsequenzen geprüft werden müssen. Deutschland braucht verlässliche Regeln für Einwanderung, Asyl, Integration und Rückkehr sowie einen handlungsfähigen Rechtsstaat. Gleichzeitig braucht unsere Wirtschaft Menschen, die zu uns kommen, bei uns arbeiten und Teil unserer Gesellschaft werden.

Und es gibt eine Erfahrung, die gerade wir als Tourismuswirtschaft jeden Tag machen: Millionen Deutsche reisen in andere Länder. **Dort sind wir selbst die Ausländer.**

Wir erwarten selbstverständlich, willkommen zu sein, respektvoll behandelt und nicht allein aufgrund unserer Herkunft beurteilt zu werden.
Diesen Maßstab sollten wir auch zu Hause anlegen.

Tourismus lebt von Begegnung, Neugier, Gastfreundschaft und gegenseitigem Respekt.

Unsere Unternehmen arbeiten international, beschäftigen Menschen unterschiedlicher Herkunft und verbinden Regionen und Länder miteinander. Weltoffenheit ist für uns deshalb Haltung und wirtschaftliche Realität zugleich.

Jetzt müssen alle ihren Teil beitragen

Das Ergebnis von Sachsen-Anhalt verlangt mehr als Empörung.
Von den demokratischen Parteien verlangt es Selbstkritik, einen nachvollziehbaren Plan und endlich sichtbare Ergebnisse bei Reformen, Wirtschaft, Infrastruktur, Einwanderung und Bürokratieabbau.

Von uns als Bürgerinnen und Bürgern verlangt es die Bereitschaft, politische Angebote nicht nur danach zu beurteilen, ob sie unseren Ärger aufgreifen, sondern ob ihre Lösungen funktionieren, welche Folgen sie haben und ob sie mit den Grundsätzen unserer Verfassung vereinbar sind.

Und von uns als Wirtschaft verlangt es, nicht zu schweigen, wenn gesellschaftliche und politische Entwicklungen die Grundlagen berühren, auf denen wirtschaftlicher Erfolg und gesellschaftlicher Zusammenhalt beruhen.

Als Tourismuswirtschaft stehen wir für ein Deutschland, das wirtschaftlich stark, sicher, reformfähig und weltoffen ist. Für einen Staat, der funktioniert und Vertrauen verdient. Für eine Politik, die Probleme nicht beschönigt, sondern löst und ihre Ziele nachvollziehbar macht. Und für eine Gesellschaft, die kontrovers diskutieren kann, ohne Menschenwürde und gleiche Rechte infrage zu stellen.

Zuhören ist notwendig. Veränderung ist notwendig. Aber auch politische Alternativen müssen sich an der Realität messen lassen. Entscheidend sollte am Ende nicht sein, wie einfach oder überzeugend eine Antwort klingt, sondern was sie tatsächlich bewirkt – für die Menschen, unsere Wirtschaft, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und unsere Demokratie.

Unterzeichnende und unterstützende Verbände:



Allianz Selbständiger Reiseunternehmen – Bundesverband e. V. (asr) – www.asrberlin.de

Bundesverband der Campingwirtschaft in Deutschland e. V. (BVCD) - www.bvcd.de

BundesForum Kinder- und Jugendreisen e. V. – www.bundesforum.de

Bundesverband führender Schulfahrtenveranstalter e. V. – www.schulfahrtenverband.de

forum anders reisen e.V. – www.forumandersreisen.de

Denkfabrik Zukunft der Gastwelt (DZG) – www.zukunft-gastwelt.de

Internationaler Verband der Paketer e.V. (VPR) - www.vpr.de

Reisenetz – Deutscher Verband für Kinder- und Jugendreisen - www.reisenetz.org

Verband Internet Reisevetrieb e. V. (VIR) – www.v-i-r.de